

**Zeitschrift:** Badener Neujahrsblätter  
**Herausgeber:** Literarische Gesellschaft Baden; Vereinigung für Heimatkunde des Bezirks Baden  
**Band:** 92 (2017)  
  
**Artikel:** Finanzielle und emotionale Berg-und-Tal-Fahrt in den 1930er-Jahren : wie die Stadt Baden die Weltwirtschaftskrise meisterte  
**Autor:** Ventura, Andrea  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-630423>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 27.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Finanzielle und emotionale Berg-und-Tal-Fahrt in den 1930er-Jahren

Wie die Stadt Baden die Weltwirtschaftskrise meisterte

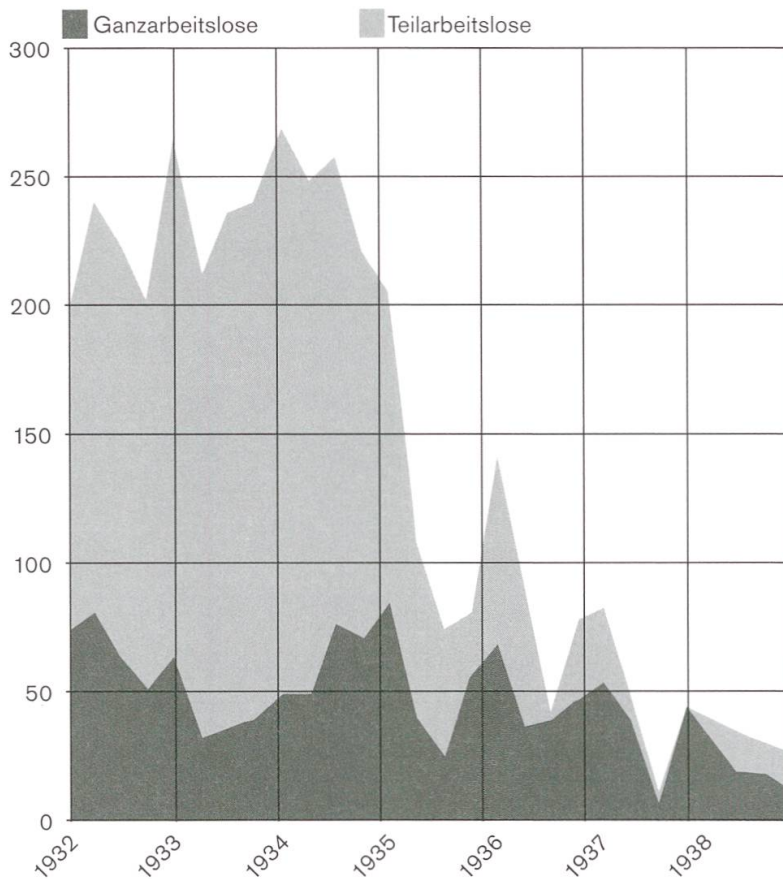
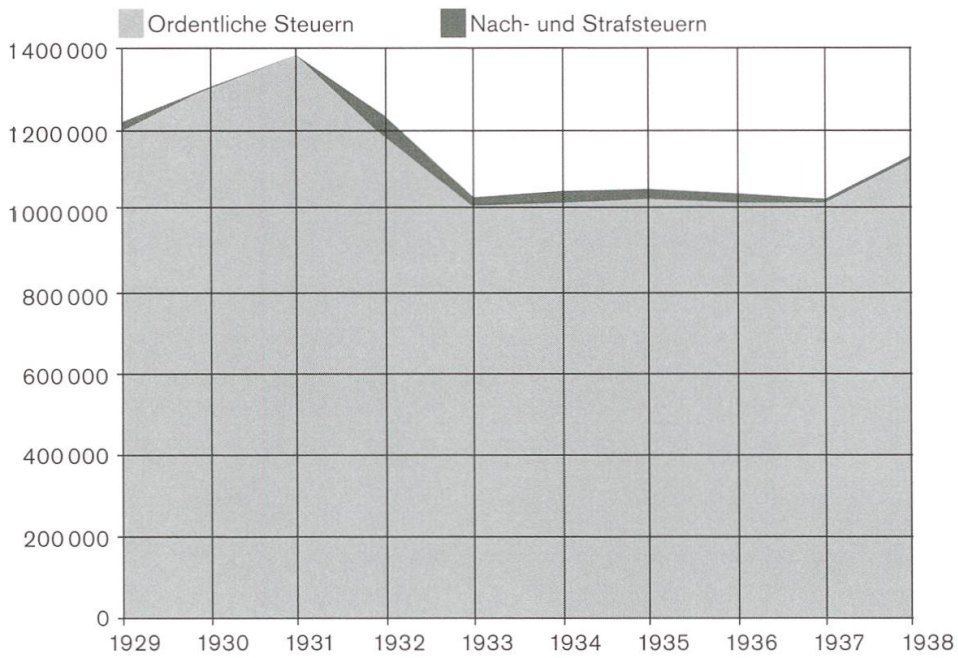
Die Weltwirtschaftskrise 1929–1932 löste auch in Baden eine wirtschaftliche Tal-fahrt aus: Nach guten Jahren folgte – aufgrund der Abhängigkeit der lokalen Wirtschaftslage von international ausgerichteten Unternehmen wie Motor-Columbus und BBC – der Absturz und schliesslich eine längere Phase der Stagnation. Dieser Beitrag fasst Erkenntnisse einer Forschungsarbeit zur wirtschaftlichen Situation der Stadt während der 1930er-Jahre zusammen.<sup>1</sup> Im vorliegenden Artikel liegt der Fokus auf dem Finanzhaushalt 1929–1938. Über die finanzielle Situation der privaten Haushalte wurde schon in den Badener Neujahrsblättern 2015 berichtet.<sup>2</sup>

### Spuren der Weltwirtschaftskrise im Finanzhaushalt der Stadt:

#### Steuereinnahmen 1929–1938

Ende der 1920er-Jahre war Baden eine prosperierende Industriestadt mit rund 10 000 Einwohnern und zwei grossen, international ausgerichteten Unternehmen – Motor-Columbus und BBC –, die der Stadt fast ein Drittel der jährlichen Steuereinnahmen lieferten (1930: Steuereinnahmen total 1,3 Millionen Franken, davon von Motor-Columbus 207 000 Franken, von BBC 195 000 Franken). Die Jahresrechnung der Einwohnergemeinde wies wiederholt Überschüsse aus, die der Stadtrat mit viel Einfallsreichtum klein zu halten versuchte, um Forderungen nach Steuersenkung abzuwehren. Diese «goldene» Zeit wurde abrupt durch die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die Geschäftstätigkeit von Motor-Columbus und BBC beendet: kein Geschäftsgewinn für die Unternehmen, keine Gewinnsteuer für die Stadt.

Die Abbildung zeigt: Nach wirtschaftlich prosperierenden Jahren brachen die Steuereinnahmen nach 1931 ein und betrugen 1933 noch rund eine Million Franken. Die Stadt musste ihre Finanzpolitik deutlich umstellen, Ausgaben senken



Überblick über die Badener Steuereinnahmen 1929–1938 (Franken). Quelle: StAB, E.37.1.2 und E.37.1.3, Einwohnergemeinde, Rechnungen 1929–1938.

Registrierte Arbeitslose 1932–1938, erste rapportierte Zahl pro Quartal. Quelle: StAB, B.21.9, Stadtratsprotokolle Januar 1932 bis Dezember 1938.

und zusätzliche Einnahmen generieren. Das gelang ihr recht gut, sodass die Steuereinnahmen in den folgenden Jahren stabil bei etwas über einer Million Franken verharrten. Entscheidend für die Stabilisierung war der Beitrag der privaten Haushalte, die sich als erstaunlich krisenresistent erwiesen, ihre Steuern zahlten und mehrheitlich ohne öffentliche Unterstützung die Krise meisterten. Im September 1936 wertete die Nationalbank endlich den Schweizer Franken um 30 Prozent ab, was der Export- und Fremdenverkehrsindustrie Erleichterung verschaffte. Ab 1937 zogen die Steuereinnahmen der Stadt wieder an.

Bemerkenswert ist, dass die Stadt Baden die Krise nicht einfach passiv über sich ergehen liess, sondern aktiv versuchte, das Beste aus der schwierigen Situation zu machen. Wie stellte sie das genau an? Die folgenden Ausführungen gliedern sich anhand von Zeitabschnitten, die in der Grafik gut zu unterscheiden sind: die Zeit bis 1931 im Wohlstand, der Einbruch durch die Krise 1931–1933, die Jahre der Stagnation 1933–1937 und der Wiederaufschwung ab 1937.

### **Bauboom und Überschüsse: Hochkonjunktur 1929–1931**

1929 ging es der Stadt richtig gut: Gewerbe und Industrie schufen neue Arbeitsplätze, überall wurde gebaut und neu eröffnet, die Steuern spülten viel Geld in die Stadtkasse. Im Jahresrückblick vermerkte der Stadtrat stolz, dass die Anzahl Arbeiter in Badener Betrieben um 500 auf 5561 angestiegen war. Der Trend hielt aber nicht an, schon im Folgejahr ging die Zahl wieder auf 5172 zurück.

Die Nordostschweizerischen Kraftwerke (NOK) zogen 1929 an der Parkstrasse in ein neues Verwaltungsgebäude, auf dem Fabrikareal der BBC entstanden grosse Neubauten, und am Bahnhof begann der Bau eines neuen Postgebäudes. Auch Private legten los: Die Gemeinden Baden, Ennetbaden und Wettingen bewilligten 133 Wohnbauten mit 216 Wohnungen. 1930 hielt die rege Bautätigkeit in der Region an. Die Stadt eröffnete das neue Bezirksschulhaus Burghalde, und das Elektrizitätswerk Zürich begann mit dem Bau des Kraftwerks Wettingen.

Im Herbst 1929 legte der Stadtrat der Gemeindeversammlung eine Liste wichtiger Bauvorhaben vor, gegliedert nach zeitlicher Priorität. Als kurzfristig zu realisierende Projekte nannte er die Verbesserung der Bruggerstrasse, die Herichtung des Schadenmühleplatzes, die Unterbringung der Handwerkerschule sowie neue Schulräume für die Handelsschule des Kaufmännischen Vereins. Zu den mittel- und langfristigen Projekten gehörten der Bau eines Schlachthauses, die Torerweiterung beim Stadtturm und die Beseitigung von Bahnübergängen, die Verlegung des Schiessplatzes auf den Belvédère, die Errichtung einer zweiten Badeanstalt und die Verlegung des Friedhofs.

Ebenfalls im Jahr 1929 errichtete der Stadtrat einen Steuerreservfonds, um «in den ‹fetten› Jahren etwas Vorräte für [...] Zukunftsaufgaben zu sammeln», und dotierte ihn mit 50 000 Franken zulasten der Jahresrechnung. Ausserdem schuf er einen Sozialfonds, der durch Eingänge an Erbschaftssteuern plus Kapitalzinsen geäufnet werden sollte. Die erste Einzahlung betrug 17 342 Franken (Erbschaftssteuern 1928); Ende 1929 betrug das Fondsvermögen bereits 41 000 Franken. Trotzdem wies die Jahresrechnung wiederum einen Überschuss auf, diesmal von 100 000 Franken. Da es bereits in der Budgetgemeinde vom Dezember 1927 Forderungen nach einer Senkung der Gemeindesteuer gegeben hatte, musste der Stadtrat jetzt, zwei Jahre später, nachgeben: Fürs Jahr 1930 senkte er die Gemeindesteuer moderat um 3,5 Prozent.

Die Steuereinnahmen betragen im Jahr 1929 1,2 Millionen Franken und stiegen trotz Steuersenkung bis ins Jahr 1931 auf knapp 1,4 Millionen Franken. Die Krise, die im Oktober des Jahres 1929 an der New Yorker Börse ihren Auftakt hatte, machte sich bei den Steuereinnahmen – im Unterschied zu den Arbeitsplätzen – noch nicht bemerkbar. Die Anzahl Arbeitsplätze ging bereits 1930 zurück im Vergleich zum Vorjahr.

#### **Sinkende Einnahmen und steigende Ausgaben, Arbeitslose:**

##### **Einbruch 1931–1933**

Ab 1931 machte sich die Weltwirtschaftskrise schliesslich schmerzhaft spürbar im Finanzhaushalt der Stadt: Die Steuereinnahmen sanken dramatisch, während gleichzeitig die öffentlichen Ausgaben für Fürsorge und zur Unterstützung von Arbeitslosen stiegen.

Der Stadtrat begegnete dieser unerfreulichen Bewegung im Finanzhaushalt mit einer Mischung von Massnahmen zur Ausgabensenkung und zur Einnahmesteigerung. Im Frühling 1931 nahm er sich das Bauprogramm vom Herbst 1929 vor und beschloss, nur noch laufende Verpflichtungen zu erfüllen, bereits begonnene Projekte zu vollenden und Vorbereitungen für ausgewählte neue Bauprojekte zu treffen. Dazu gehörten die Instandstellung des alten Schulhauses für weitere Klassen der Gemeindeschule, Studien zu einem Volksschwimmbad und weitere Abklärungen zum Bau eines Schlachthauses. Die Verlegung des Friedhofs, die Verlegung des Schiessplatzes sowie der Anschluss der Gemeinde Wettingen an die Badener Kanalisation mussten warten. Ausserdem legte der Stadtrat der Gemeindeversammlung im Dezember 1932 zusammen mit dem Budget einen Antrag zur Reduktion der Saläre fürs städtische Personal vor. Die Versammlung lehnte diesen Antrag mit 690 Nein gegen 572 Ja ab.

Die Massnahme war sowohl in der Budgetkommission (Mehrheit dagegen) als auch im Stadtrat (Mehrheit dafür) kontrovers diskutiert worden. Auf eine Steuererhöhung hingegen wollte der Stadtrat vorläufig verzichten, trotz Bedenken seitens der Budgetkommission, denn: «In Zeiten wirtschaftlicher Depression sollte die Bürgerschaft von Steuererhöhungen verschont bleiben.»<sup>3</sup>

Ein Jahr später wurde angesichts der prekären Finanzlage fürs Budget 1934 eine generelle Steuererhöhung um elf Prozent zusammen mit einer Salärreduktion für die städtischen Arbeiter und Angestellten um sieben Prozent beschlossen. Schon 1932 hatte der Stadtrat den Betriebsüberschuss der Städtischen Werke – welcher der Stadtkasse zufluss – von 110 000 Franken auf 160 000 Franken erhöht.

Ende November 1931 wollte der Stadtrat von der Verwaltung wissen, wie viele Arbeitslose es in Baden gab. Die Verwaltung musste zugeben, dass sie keine Ahnung hatte. Sie versuchte zwar, die Arbeitslosenzahl durch Anfragen bei den Badener Arbeitslosenkassen zu eruieren, es war aber schnell klar, dass die Stadt eine eigene Melde- und Zählstelle brauchte. Diese Stelle rapportierte ab Dezember 1931 wöchentlich Zahlen an den Stadtrat, die im Stadtratsprotokoll notiert wurden. Ende Dezember liessen sich 80 Ganz- und 115 Teilarbeitslose bei der Stadt registrieren.

Die Zahl stieg in den Folgemonaten an und erreichte im März 1934 kurzfristig ein Maximum von 360 Meldungen. Danach fiel sie wieder ab. Um den Arbeitslosen eine Erwerbsmöglichkeit zu bieten, lancierte die Stadt sogenannte Notstandsarbeiten. Das waren in der Regel Bauprojekte, bei denen Arbeitslose für einen Franken pro Stunde beschäftigt wurden.

Gut zu sehen in der Entwicklung der Arbeitslosenzahlen sind die jahreszeitlich bedingten Schwankungen: relative Spitzen im Winter (Jahreswechsel), relative Täler im Sommer (Jahresmitte). Die ausgeprägten Schwankungen haben auch mit der damaligen Zählweise zu tun: Personen in Notstandsprogrammen wurden für die Dauer ihrer Beschäftigung nicht als Arbeitslose gezählt.

Es bleibt die Frage, wozu die Zahl gemeldeter Arbeitsloser in Beziehung zu setzen ist. Antwort: vermutlich zur Anzahl Haushalte – damals rund 2900. Es kann davon ausgegangen werden, dass pro Haushalt, der seine Lebenshaltungskosten nicht aus eigener Kraft aufbringen konnte, höchstens eine Person Aussicht auf einen Platz in einem Notstandsprogramm hatte und sich deshalb bei der Stadt registrieren liess. Unter dieser Annahme waren also zu Spitzenzeiten mehr als zehn Prozent der privaten Haushalte von Arbeitslosigkeit betroffen.

### Mit der Krise leben, Chancen wahrnehmen: Stillstand 1933–1937

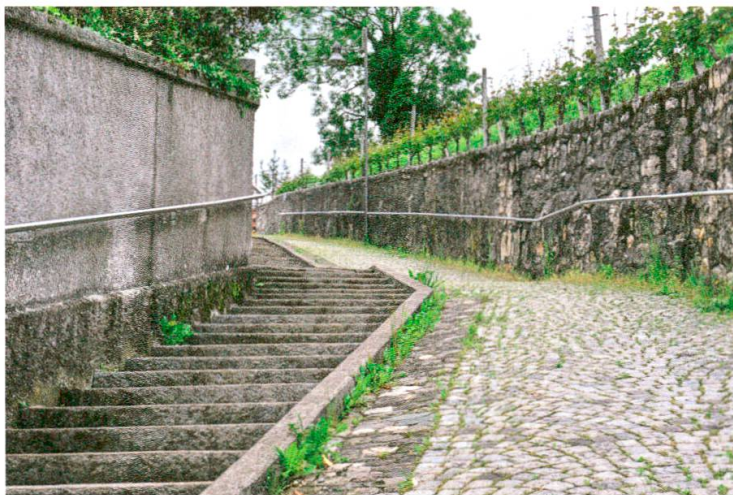
Die Krise hinterliess ihre Spuren in den jährlichen Fürsorgeausgaben der Stadt: Der freiwillige Beitrag der Einwohnergemeinde an die Einwohnerarmenpflege<sup>4</sup> wurde 1933 von 15 000 Franken auf 20 000 Franken erhöht, und die Armenunterstützung der Ortsbürgergemeinde stieg von 19 000 Franken im Jahr 1929 auf knapp 32 000 Franken im Jahr 1936. Anfang 1937 trat dann im Aargau das neue Armengesetz in Kraft, das unter anderem neue Regeln für die Finanzierung der Armenfürsorge brachte.

Neben der Ausweitung von «klassischen» Fürsorgeleistungen gab es zusätzlich spezifische Massnahmen zur Unterstützung von Arbeitslosen und ihren Familien. Die Stadt subventionierte die ausbezahlten Leistungen von Arbeitslosenkassen an Badener Arbeitslose zu 25 Prozent. Waren die Rückvergütungen an Arbeitslosenkassen in den Jahren 1929 und 1930 noch vernachlässigbar klein, so explodierten sie im Jahr 1931 auf 16 000 Franken und stiegen danach weiter an bis auf 31 000 Franken im Jahr 1935. Danach gingen die Zahlungen wieder zurück; im Jahr 1938 waren es noch 9000 Franken.

Ausserdem beteiligte sich die Stadt finanziell an diversen nationalen und kantonalen Krisenprogrammen: ab 1932 an der Krisenhilfe für ausgesteuerte Arbeitslose stark betroffener Branchen (unter anderem Maschinen- und Metallindustrie, Schuh- und Textilindustrie) und an Winterzulagen für Arbeitslose, ab 1933 an der Gemeindegulage für Arbeitslose und ab 1934 an der Winterhilfe für nichtversicherte Arbeitslose und Arbeitslose anderer Branchen. Dabei beliefen sich die Kosten für die Stadt nur auf wenige Tausend Franken pro Jahr, da der Löwenanteil von Bund und Kanton getragen wurde.

In Ergänzung zur finanziellen Unterstützung von Arbeitslosen versuchte die Stadt, durch kluge Investitionen in grosse Bauprojekte Arbeit und Verdienst zu schaffen. Herausragende Beispiele dafür sind das neue Schlachthaus mit Zufahrtsstrasse (1,2 Millionen Franken) und das Terrassenschwimmbad (550 000 Franken) – beides Projekte der Einwohnergemeinde. Eine vergleichbare Wirkung entfalteten aber auch das neue Verwaltungsgebäude für die Städtischen Werke (1 Million Franken) und der Umbau des Kurhauses durch die Ortsbürgergemeinde (900 000 Franken).

Diese grossen Investitionen mussten über Darlehen finanziert werden, wobei die Stadt die Gunst der Stunde nutzte. Geld war billig, und die politische Bereitschaft, Schulden zu machen, war hoch. So kam es, dass die Stadt 1935 für den Schuldendienst (Verzinsung plus Amortisation) 410 000 Franken einsetzen musste, was 39 Prozent der Steuereinnahmen entsprach. 1936 entspannte sich



Zeugen Badener Notstandsarbeiten: Der Arbeitslosenweg auf der Baldegg (oben) und der Schlossbergweg (unten). Eine Treppenstufe im oberen Abschnitt des Schlossbergwegs zeigt die Jahreszahl 1936, geformt aus Kieselsteinen (Mitte). Bilder: Kurt Wiederkehr, Baden.

die Situation etwas. Die Stadt konnte eine Millionen-Anleihe von 1925 zu deutlich vorteilhafteren Konditionen refinanzieren und so die jährlichen Schuldzinsen um 60 000 Franken reduzieren.

Was die Stadt sonst noch unternahm: Ein Blick ins Stadtratsprotokoll aus dem zweiten Halbjahr 1934 zeigt eine enorme Fülle von Unterstützungsmassnahmen, die der Stadtrat im Einzelfall beschloss. Als erstes sind Steuernachlässe zu nennen. Der Stadtrat erliess auf Antrag Steuerschulden vergangener Jahre – und zwar ganz, teilweise oder gar nicht, je nachdem, was die Überprüfung der Situation des Steuerpflichtigen ergeben hatte. Die Stadt verzichtete auf das Geld, wobei es sich meistens um kleine zweistellige Beträge handelte. Ausgeprägt war dies am Jahresende, kurz vor Weihnachten: Am 15. Dezember 1934 genehmigte der Stadtrat 44 Gesuche (von 53) mit einem Steuerausfall von total 1895 Franken, am 21. Dezember 88 Gesuche (von 101) mit total 2548 Franken.

Eine zweite Kategorie von Unterstützungsmassnahmen waren finanzielle Direkthilfen an Familien und Einzelpersonen, ebenfalls auf Antrag. Einige Beispiele: 50 Franken für einen jungen Mann zur Anschaffung von Kleidern und Schuhen; 150 Franken für eine Frau zur Begleichung einer Arztrechnung; 250 Franken für einen Mann zur Bezahlung von Unterhaltsschulden; 30 Franken für ausstehendes Kostgeld; 52 Franken für einen Kistenschreiner als Beitrag an die Kaminerneuerung. Als Weihnachtsgabe für 37 Einwohnerinnen und Einwohner über 80 Jahre verteilte der Stadtrat 740 Franken. Gewisse Familien bekamen kein Bargeld, sondern Gutscheine, beispielsweise für Knabenschuhe und Brot für einen Monat oder auf Zusehen hin für Milch, Brot und Lebensmittel.

Ausser Steuernachlässen und finanziellen Direkthilfen ergriff der Stadtrat noch weitere Massnahmen: Er beschloss im Oktober, die Volksspeisung wieder zu eröffnen, und im Dezember, Kuhfleisch verbilligt an Arbeitslose und Minderbemittelte abzugeben.

Was auffällt bei allen Unterstützungsmassnahmen, ist die Fürsorglichkeit, mit der der Stadtrat auf die Nöte der Antragsteller einging, wobei nicht verschwiegen werden darf, dass seine Entscheide genau genommen auf Willkür beruhten, da keine klaren Richtlinien für Begünstigungen bestanden.

### **Neues Armengesetz absorbieren, Investitionsrückstand aufholen:**

#### **Aufschwung 1937–1938**

Ab 1937 veränderten sich die finanziellen Rahmenbedingungen für die Stadt nachhaltig: Das neue Armengesetz führte unter anderem zu einer Neuordnung der Finanzierung der Armenfürsorge, und die Abwertung des Schweizer Fran-

kens vom September 1936 machte sich in der Export- und Fremdenindustrie bemerkbar.

Fürs Geschäftsjahr 1936/37 wies BBC erstmals wieder einen kleinen Reingewinn von 267 000 Franken aus, allerdings bei einem über die Krisenjahre akkumulierten Verlust von zwölf Millionen Franken. Auch die Anzahl Logiernächte in den Badehotels zog deutlich an. Ende 1937 waren Ausläufer der Krise noch zu spüren: Die Exportindustrie war zwar gut ausgelastet, aber im Baugewerbe gab es noch viele Arbeitslose. Ausserdem waren Lebenshaltungskosten und Rohstoffpreise als Folge der Abwertung gestiegen. Im Sommer 1938 schloss BBC das zurückliegende Geschäftsjahr mit einem Reingewinn von 2,7 Millionen Franken ab, und die Anzahl Logiernächte in den Badehotels hatte sich gegenüber dem Vorjahr verdoppelt. Ende 1938 konnte der Stadtrat wieder entspannter in die Zukunft schauen.

Bereits im Vorjahr hatte die Stadt beschlossen, erstmals wieder eine grosse Investition zu tätigen, diesmal ins Städtische Krankenhaus. Der Bau einer Gebärdabteilung war bereits im Herbst 1934 als dringlich eingestuft worden, die Realisierung wurde aber wegen der Krise aufgeschoben. Erst im Juni 1937 beschloss die Einwohnergemeinde die Erweiterung des Krankenhauses mit geschätzten Kosten von 680 000 Franken.

Das neue Armengesetz übertrug die Armenfürsorge ab 1937 den Einwohnergemeinden. Um die Belastung für die ärmeren Gemeinden in einem erträglichen Rahmen zu halten, wurden die kommunalen Armenausgaben gedeckelt und über einen innerkantonalen Finanzausgleich finanziert. Dazu erhöhte der Kanton die Staatssteuern um 25 Prozent. Für die Stadt änderte sich wenig, sie behielt ihren Steuersatz bei. Allerdings übernahm die Einwohnergemeinde per 1. Januar 1937 das Armengut im Wert von 700 000 Franken von der Ortsbürgergemeinde.

1938 legten die ordentlichen Steuern erstmals seit 1932 um 100 000 Franken zu, und die Krisenausgaben fielen ein drittes Jahr in Folge. So konnte der Stadtrat die Salärreduktion des städtischen Personals halbieren.

Was die Stadt Baden während der Krisenjahre auszeichnete, ist die Mischung aus unternehmerischem und gleichzeitig fürsorglichem Handeln. Klug gewählte Investitionen in grosse Bauprojekte wirkten als lokales Impulsprogramm, von dem das Badener Gewerbe und die Badener Arbeitslosen profitierten. Gezielte Einzelmassnahmen halfen Familien und Einzelpersonen über die schwierige Zeit hinweg. So bewährte sich die Stadt als Risikogemeinschaft für ihre Einwohner: Eine Mehrheit von wenig Betroffenen konnte und wollte die Minderheit von stark Betroffenen unterstützen.

## Anmerkungen

- <sup>1</sup> Ventura, Andrea: Geschicklichkeit und Glück: Wie die Stadt Baden die Weltwirtschaftskrise meisterte. Masterarbeit, Historisches Seminar Universität Zürich, 2015.
- <sup>2</sup> Ventura, Andrea: Rappenspalten und Coupon-schneiden: Badener Familien in den 1930er-Jahren. Badener Neujahrsblätter 2015, 154–164.
- <sup>3</sup> Badener Tagblatt vom 10. Dezember 1932, Drittes Blatt, Lokales.
- <sup>4</sup> Das bis Ende 1936 geltende Armengesetz von 1804 (!) sah vor, dass die Armenfürsorge Sache

der Bürgergemeinden war und ausschliesslich für die Bürger einer Gemeinde bestimmt war, unabhängig davon, wo diese Bürger wohnten. Die Stadt Baden hatte schon 1910 beschlossen, allen ihren Einwohnern Fürsorgeleistungen auszuführen, und hatte dafür einen Posten im Budget der Einwohnergemeinde eingerichtet: der freiwillige Beitrag an die Einwohnerarmen-pflege.